

Beilage 2194

Antrag

Betreff:

Finanzielle Beteiligung der BAWAG an der Instandsetzung des Straßennetzes in der Umgebung des Roßhauptener Speichers

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, mit der Firma BAWAG, die den Bau des Roßhauptener Wasserspeichers durchführt, zu verhandeln, um eine finanzielle Beteiligung an der Instandsetzung der Gemeinde- und Kreisstraßen zu erreichen, die bereits jetzt durch die enorme Beanspruchung bei der Materialzufuhr schwerstens gelitten haben und dadurch die Verkehrssicherheit dieser Straßen nicht mehr gewährleistet ist.

München, den 15. Januar 1952

Klotz (BP)

Beilage 2195

Antrag

Betreff:

Maßnahmen zur Unterstützung der Tierkörperverwertungsanstalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, geeignete Schritte zu unternehmen, um den Absatz der durch die Maul- und Klauenseuche anfallenden großen Mengen technischer Fette, Tierhäute, und Tiermehle zu gewährleisten, da die Tierkörperverwertungsanstalten ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Anlieferern nicht mehr nachkommen können.

München, den 15. Januar 1952

Klotz, Mergler (beide BP)

Beilage 2196

Antrag

Betreff:

Errichtung einer Landwirtschaftsamt-Außenstelle in Berchtesgaden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, in Berchtesgaden eine Landwirtschaftsamt-Außenstelle zu errichten.

München, den 15. Januar 1952

Kiene (SPD)

Beilage 2197

Antrag

Betreff:

Ansiedlung von industriellen Unternehmungen auf dem Gelände des ehemaligen Flugplatzes Pocking

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, im Rahmen des Landesentwicklungsplanes zur Behebung der strukturellen Arbeitslosigkeit auf dem Gelände des ehemaligen Flugplatzes Pocking die Ansiedlung von industriellen Unternehmungen vordringlich zu fördern, um hier Arbeitsplätze zu schaffen.

Gleichzeitig sollte baldiger Umsiedlung des überbelegten Lagers nachdrücklich Rechnung getragen werden.

München, den 15. Januar 1952

von Knoeringen, Bitom, Piper
und Fraktion (SPD)

Beilage 2198

Antrag

Betreff:

Vorlage eines Gesamtplanes für die innerbayerische Umsiedlung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird beauftragt, dem Landtag einen Gesamtplan für die „innerbayerische Umsiedlung“ vorzulegen. Aus dem Plan soll ersichtlich sein

1. wieviel Menschen von der innerbayerischen Umsiedlung erfaßt werden,
2. aus welchen Gebieten Bayerns und in welche Städte, Kreise und Gemeinden die Umzusiedelnden kommen,
3. welche Maßnahmen in Bezug auf Bereitstellung von Wohnungs- und Arbeitsplatz ergriffen wurden,
4. welcher Zeitraum für die Durchführung der innerbayerischen Umsiedlung erforderlich ist.

München, den 15. Januar 1952

von Knoeringen, Frenzel, Ospald
und Fraktion (SPD)